

Weiter jagen – aber wie?

Ist das neue Jagdgesetz grüne Ideologie oder Strategie zur Lösung des Wald-Wild-Konfliktes? Darüber diskutierten Experten auf Hohenroth.

Seit Jahrzehnten mahnen Förster hohe Schalenwildbestände im Wald und große Wildschäden an. Doch es passiert weder im Wald noch im Verhalten der Jäger etwas, kritisierte Diethard Altrogge vom Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein in seiner Begrüßungsansprache auf dem Jagdseminar im Forstinformationszentrum Hohenroth. Zu diesem Treffen hatte das Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein und der Verein Waldland Hohenroth am vergangenen Freitag eingeladen. Der Saal war mit etwa 100 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt. Damit wurde deutlich, wie sehr das Thema „Das ökologische Jagdgesetz in NRW – grüne Ideologie oder Strategie zur Lösung des Wald-Wild-Konfliktes?“ Förstern, Waldbauern und Jägern auf den Nägeln brennt.

Altrogge führte weiter aus, dass die Abschussergebnisse seit Jahrzehnten steil nach oben gingen und der Wald in vielen Bereichen leide. Im Siegerland seien allein die Abschüsse beim Rotwild von 1987 von 150 Stück auf knapp 400 im Jahr 2014 gestiegen. „Die Jäger entscheiden dadurch, wie sie jagen und wie viel Wild im Wald ist, ganz entscheidend über Struktur und Vielfalt und damit die Leistungsfähigkeit unserer künftigen Wälder“, betonte Altrogge. Er hielt die Reform des Jagdgesetzes für überfällig. In der Podiumsdiskussion wurden die unterschiedlichen Einschätzungen zum neuen Jagdgesetz und zum Wald-Wild-Konflikt deutlich. „Wir sind uns über vieles nicht einig. Wir wollen weiter jagen, aber wie?“ Diese Frage stellte der Moderator des Abends Matthias Kruse, Chefredakteur des „Rheinisch-Westfälischen Jägers“. Hier einige Aussagen:

Mehr Eigenverantwortung

Uwe Schölmerich von der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft forderte die Reduzierung der Schalenwildbestände, um durch Naturverjüngung klimastabile Wälder zu erhalten. Er begrüßte aus Sicht der Waldeigentümer das Jagdgesetz. Durch den Wegfall des Rehwildabschussplans und die Bejagung der Böcke bis Januar könne Rehwild intensiver bejagt werden. Der Fachmann meinte, dass das alte und nicht das



Foto: Seehaver/Pixelio

Dass in manchen Wäldern der Schalenwildbestand und die Verbisschäden zu hoch sind, darin waren sich die Experten auf Hohenroth einig.

neue Jagdrecht die Grundeigentümer enteignet, weil sie die Wildbestände nicht nach ihren Vorstellungen reduzieren durften.

Walter Schmitz, Leiter der Obersten Jagdbehörde in Düsseldorf, erklärte, dass das neue Gesetz den Jägern vor Ort die Chance biete, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Es könnten jetzt langfristige Konzepte für die Reviere erarbeitet werden. Es werde nicht mehr nur von Abschussplan zu Abschussplan gedacht. Zudem solle das Gesetz für Verbesserungen beim Wald-, Tier-, Natur- und Artenschutz. Auf die Frage, wer

die vorgeschriebenen Verbissgutachten bezahlt, antwortete Schmitz, dass diese Kosten das Land trägt.

Der Justiziar des Landesjagdverbandes (LJV) NRW, Hans-Jürgen Thies, hält hingegen das neue Jagdgesetz für artenschutzwidrig und tierschutzfeindlich, beispielsweise durch die Kürzung des Katalogs jagbarer Arten und den Einschränkungen bei der Prädatorenbejagung. Jäger könnten viele Tierarten nicht mehr hegen. Thies kündigte an, das Gesetz juristisch prüfen zu lassen. Zudem will der LJV im Herbst 66 000 Unterschriften sammeln, damit sich der Landtag er-

neut mit dem Jagdgesetz befassen muss.

Peter Markett, NRW-Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Berufsjäger, kritisierte jagdpraktische Aspekte im neuen Jagdgesetz. Für wenig sinnvoll hält er beispielsweise die Jagd auf Schmalspießer und Schmaltiere im Mai, weil in dieser Zeit mitunter der Muttertierschutz verletzt werde. Seiner Meinung nach müssten sich die neuen Vorschriften erst einmal in der Praxis bewähren. Markett hofft, dass es nach fünf Jahren zu einer Bilanzierung und dann zu Korrekturen kommt.

Schädlingsbekämpfer

„Ich behaupte, durch das Jagdgesetz haben wir einen Paradigmenwechsel durchgeführt. Wir Jäger sind Schädlingsbekämpfer geworden“, erklärte Max von Elverfeldt, Vorsitzender des Grundbesitzerverbandes NRW. Er befürchtet zudem, dass demnächst auf etwa 20 % aller Flächen in NRW die Jagd eingeschränkt werden kann, weil es sich um Schutzgebiete handelt.

Zufrieden mit dem neuen Jagdgesetz ist hingegen Helga Düben, Vorsitzende des Naturschutzbundes (NABU) Siegen-Wittgenstein. Der Tierschutz sei verbessert worden, beispielsweise durch das Verbot von Totschlagfallen oder der Baujagd. Allerdings räumte sie ein, dass die verwilderten Hauskatzen, die nun nicht mehr geschossen werden dürfen, zu einem Problem werden können. „Wir müssen den Katzenhaltern klarmachen, dass sie ihre Tiere kastrieren oder sterilisieren“, sagte Düben und verwies auf die Möglichkeit, dass man in Ausnahmefällen in Sachen Katzen das „Rad zurückdrehen könne“. Das verursachte ein Raunen im Saal. Prö

„Die Gräben sind tief“

Die Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern des neuen Jagdgesetzes in NRW sind tief, die Wortwahl ist scharf. Wie es so weit kommen konnte, analysierte Prof. Dr. Michael Suda, Forstwirt und Leiter des Lehrstuhls für Wald- und Umweltpolitik in München in Hohenroth. „Das Gespräch der Konfliktparteien findet über die Massenmedien statt. Je mehr dabei polarisiert wird, desto besser finden es die Medien“, sagte Suda. Grob umrissen stünden sich in zwei Lagern Stadt und Land gegenüber: auf der einen Seite die Landnutzer, auf der anderen Seite Vertreter des Tier- und Naturschutz-

zes. Die Gruppe der Landnutzer fühle sich machtlos gegenüber den „Städtern“ und sie fürchte, dass Gruppen aus der Stadt über die Regeln für das Landleben bestimmten. Wenn Natur- und Tierschützer erklärten, dass die Jagdrechtsnovelle notwendig sei, weil Tiere und Natur durch die gegenwärtige Form der Jagd in Gefahr seien, komme das in der Bevölkerung besser an, als wenn die Gegner der Jagdreform mit Eingriffen ins Eigentum argu-



Prof. Dr. Michael Suda

mentierten. „Die Menschen haben andere Sorgen als die Jagd in NRW“, daran erinnerte Suda.

Der Experte warnte davor, den Schlagabtausch über die Jagdrechtsreform auf die persönliche Ebene herunterzubrechen. Über die Medien könnten sich die Konfliktparteien einiges an den Kopf werfen. Aber vor Ort, wenn es um persönliche Kontakte geht, würden private Beziehungen in die Brüche gehen. Nach Auffassung von Suda biete gerade die persönliche Ebene die Möglichkeit, den Diskussionsprozess zu entgiften. Prö